

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

23.08.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Ostsee: Eingestampfte Kult-Institution endgültig dahin? Jetzt geben Liebhaber alles</b> <i>moin.de (Norddeutschland), 22.08.2023</i> .....	3
2   <b>LNG-Gegner demonstrieren vorm Bergamt</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 23.08.2023</i> .....	4
3   <b>Backhaus kritisiert rasantes LNG-Tempo</b> <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 23.08.2023</i> .....	5
4   <b>Wasser marsch!</b> <i>Süddeutsche Zeitung, 23.08.2023</i> .....	6



📄 moin.de (Norddeutschland) | 22.08.2023

👤 Lina Freyja Saggau

🔗 WEBLINK

## Ostsee: Eingestampfte Kult-Institution endgültig dahin? Jetzt geben Liebhaber alles

Ein Projekt nach dem anderen wird an den Küsten angegangen. Ob Offshore-Windparks an der Nordsee, das LNG-Terminal auf Rügen oder ein Container-Terminal auf der Ostsee-Insel Usedom, an sämtlichen Stellen gibt es Pläne.

Doch wo neue Projekte angegangen werden, geht es für andere auch teilweise vorbei. Um eine eingestampfte Institution wird an der Ostsee aber derzeit hart gekämpft. Und die Lage ist nicht einmal utopisch: Gibt es hier bald ein Comeback?

### Ostsee: Einsatz für Bahn-Rückkehr

Es betrifft die „Strandbahn“ zwischen Greifswald und Lubmin. Eine 20 Kilometer lange Strecke, auf der seit 1999 der Personenverkehr eingestellt worden ist. Mit der Initiative „Strandbahn-Lubmin“ soll jetzt die Rückkehr ins Rollen gebracht werden! Die Gleise wurden vor 60 Jahren als Anbindung an das Kernkraftwerk Lubmin verlegt und werden auch heute noch von Güterzügen genutzt.

Es sind vor allem Studenten, die eine kostengünstige und umweltfreundliche Möglichkeit zurückwollen, um direkt ans Südufer des Boddens zu gelangen. Auch für Pendler könnte die Bahn Entlastung bringen.

Es ist Teil des Wahlversprechens des Greifswalder Bürgermeisters Dr. Stefan Fassbinder (Grüne), jetzt sollen 4.000 Unterschriften im Zuge der Initiative dieses stützen. MOIN.DE hat beim Bürgermeister nachgefragt. „Ich begrüße die Initiative ausdrücklich. Jede Unterstützung für das Projekt ist wertvoll“, sagt Fassbinder zu unserer Redaktion. Er spricht optimistisch, allerdings auch von einem „langwierigem Weg“.

### Ostsee: Bürgermeister ist optimistisch

„Die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie für die Wiederinbetriebnahme einer Schienen-Personennahverkehrsverbindung zwischen Lubmin und Greifswald mit einer eventuellen Weiterführung nach Ladebow ist Zielstellung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“, erklärt der Bürgermeister. Finanzmittel in Höhe von insgesamt 50.000 Euro stünden seit kürzlich erteilter Genehmigung der Haushaltssatzung für das Jahr 2023 zur Verfügung.

Auch Fördermittel des Landes sollen für die geplante Machbarkeitsstudie noch geprüft bzw. beantragt werden. Fassbinder erklärt: „Es ist davon auszugehen, dass sich die Bearbeitung der Studie über den Zeitraum von mind. einem Jahr erstrecken wird – je nach konkreter Aufgabenstellung.“ Gespräche werden geführt, unter anderem mit dem Besitzer der Gleise, die Firma **EWN, Entsorgungswerk für Nuklearanlagen** in Lubmin.

### Ostsee: Zukunft für Personenverkehr?

Kurt Radloff von **EWN** sagt im Gespräch mit MOIN.DE: „Aufgrund der Entsorgungsverpflichtung für unsere radioaktiven Abfälle müssen wir die Schienenverkehrs-anbindung nach Greifswald noch viele Jahre instand halten.“

Einem Personennahverkehr würden sie als Ergänzung aufgeschlossen gegenüberstehen, „sofern unsere primäre und vorrangige Nutzungsmöglichkeit davon nicht beeinträchtigt wird.“

Es wird deutlich: Die Pläne sind nicht utopisch: Doch auch bei **EWN** wird von mehreren Gesprächen „seit einigen Jahren“ gesprochen. Einwohner und hoffnungsvolle Pendler sollten sich also auf keine Veränderung von heute auf morgen einstellen.

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 23.08.2023 | S. 9

📄 Auflage: 8.653 | Reichweite: 20.202

👤 Philipp Schulz

## DEMO IN STRALSUND

# LNG-Gegner demonstrieren vorm Bergamt

**Sie zogen vor das Stralsunder Bergamt, wo aktuell der geplante Bau der Pipeline zwischen Lubmin und Mukran geprüft wird. Der Protest wurde auch musikalisch.**

Gut 40 Demonstrierende versammelten sich gestern vorm Stralsunder Bauamt. Sie bezogen lautstark Stellung gegen die Pläne der Bundesregierung, den Ausbau von LNG-Infrastruktur auf Rügen voranzutreiben. Aufgerufen hatte die Bürgerinitiative „Lebenswertes Rügen“. Dem Bergamt wird dabei eine besondere Rolle zuteil. Hier wird der Antrag für den Pipelinebau zwischen Lubmin und Mukran geprüft. Die Firma Gasca de hatte ihn eingereicht. Die Demonstrierenden positionieren sich klar gegen den Ausbau jeglicher LNG-

Infrastruktur auf Rügen und forderten das Bergamt auf, den Antrag abzulehnen. Gegen das Bauvorhaben sind bereits insgesamt 1200 Einwände eingegangen. Hauptargument sind Schäden für die Umwelt, den Tourismus und auch, dass es keine Notlage mehr gebe, die den Ausbau rechtfertigen würde. Maik Peltzer von der Bürgervereinigung Zukunft Sellin ging selbst ins Amt. „Ich stand leider vor verschlossenen Türen“, sagte er.

## Backhaus kritisiert rasantes LNG-Tempo

*Der Minister moniert, dass vor Rügen schon gebaut wird, obwohl noch nicht alle Genehmigungen vorliegen.*

**Lubmin.** Teilen der Schweriner Landesregierung schreiten die Arbeiten für das geplante Rügener Flüssigerdgas (LNG)-Terminal zu schnell voran. Landesumweltminister, Till Backhaus (SPD), hätte sich eine andere Vorgehensweise gewünscht, erklärte gestern eine Sprecherin seines Ministeriums mit Blick auf die bereits laufenden Bauarbeiten. Backhaus selbst hatte die eindringliche Bitte geäußert, „einen Baustart nur zu veranlassen, wenn Klarheit über die Genehmigungsreife aller Verfahrensabschnitte besteht“. Mittlerweile haben im Greifswalder Bodden die Bauarbeiten

für den ersten Seeabschnitt der Anbindungspipeline begonnen. Arbeiten für die Anlandepunkte sind bereits genehmigt beziehungsweise erfolgt. Noch sind nicht alle Teile des Gesamtvorhabens genehmigt und teils auch noch nicht beantragt.

Backhaus sagte: „Das Wirtschaftsministerium habe ich um einen Abstimmungstermin gebeten, in dem es aus meiner Sicht darum gehen muss, eine gemeinsame Vorgehensweise zu allen Teilverfahren zu erreichen.“ Das Ressort von Backhaus ist zuständig für die Genehmigung der schwimmenden Terminals in Mukran.

## Wasser marsch!

### An diesem Donnerstag darf erstmals behandeltes Kühlwasser aus dem zerstörten Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ins Meer geleitet werden. Bedenken im In- und Ausland ändern nichts an Japans Entscheidung

**Tokio** – Jetzt ist das Datum also da, und Masanobu Sakamoto, der Chef des japanischen Fischereidachverbandes Zengyoren, kann nichts dagegen tun. Wenn das Wetter es zulässt, leitet der Kraftwerksbetreiber Tepco am 24. August, an diesem Donnerstag also, erstmals behandeltes Kühlwasser aus dem kaputten Atomkraftwerk Fukushima Daiichi ins Meer vor Japans Ostküste. So hat es Premierminister Fumio Kishida am Dienstag mit seinem Kabinett entschieden. So müssen Masanobu Sakamoto und seine Branche es nun hinnehmen, obwohl sie strikt dagegen sind, weil die Aktion das Image japanischer Fischerei-Produkte belastet.

Am Montag war Sakamoto noch bei Kishida wegen des Themas, Funktionäre aus fünf besonders betroffenen Fischereiverbänden waren dabei. Anschließend sagte Sakamoto, er habe ein gewisses Verständnis dafür, dass die Internationale Atomenergie-Organisation IAEA Japans Umgang mit dem Kühlwasser für sicher halte. Aber: „Wissenschaftliche Sicherheit ist etwas anderes als sozialer Seelenfrieden.“

Wenn es um Radioaktivität geht, geht es nie nur um Vernunft und nüchterne Erkenntnis. Es geht um schwelende Ängste und Zweifel, die es wahrscheinlich nicht gäbe, wenn Radioaktivität ein Gift wäre, das man einfach und ohne Rückstände aus der Natur waschen könnte. Die Kernkraft wurde einst gerade rund um das Kraftwerk Fukushima Daiichi als Heilsversprechen einer sorgenfreien Zukunft verkürt.

Dass die Reaktoren direkt am Meer lagen und Computersimulationen bereits 2008 das Tsunami-Risiko anschaulich machten, ging dabei unter. Dann kam der 11. März 2011, das Große Ostjapan-Erdbeben, ein Tsunami, der auf das schlecht geschützte Kernkraftwerk prallte, Explosionen, die dreifache Kernschmelze.

Und jetzt hat Japan nicht nur eine gefährliche Ruine im Land, deren Rückbau Jahrzehnte dauert, sondern auch mit dem Misstrauen von Nachbarländern

und Einheimischen zu kämpfen. China zum Beispiel hat flächendeckende Strahlentests für Meeresfrüchte aus Japan eingeführt und verbietet deren Import aus zehn Präfekturen. Auch Südkorea hat immer noch einen Einfuhrstopp für Meeresfrüchte aus der Gegend um Fukushima.

Das Kühlwasser-Problem von Fukushima Daiichi steht symbolisch für diesen Kampf ums Vertrauen. Tepco muss es lösen, denn die mehr als 1000 Auffangtanks auf dem Gelände des Kraftwerks sind bald voll. In einem intakten Kernkraftwerk läuft das Kühlwasser in einem geschlossenen Kreislauf. Mit dessen Wärme wird vereinfacht gesagt Dampf erzeugt, der die Turbinen zur Stromerzeugung antreibt. Aber in Fukushima Daiichi sind die Reaktordruckbehälter der Blöcke eins, zwei und drei kaputt. Einen Kreislauf gibt es nicht mehr. Das Wasser läuft nach dem Kontakt mit dem hoch radioaktiven Schrott aus den Reaktoren über Leckagen in die Untergeschosse der Reaktorgebäude und die angrenzenden Maschinenhäuser.

Dieses kontaminierte Wasser muss irgendwo hin. Es wird abgepumpt und zum Teil wieder zur Kühlung verwendet. Der Rest muss gelagert werden: Jedes Jahr kommen viele Zehntausend Kubikmeter Wasser dazu. Zum Teil kann dieses Wasser gereinigt werden, unter anderem mit der Anlage ALPS (Advanced Liquid Processing System). 62 verschiedene Radionuklide – Atomsorten, die wegen ihres instabilen Kerns radioaktiv sind – kann diese Anlage dem Wasser entziehen. Nur Tritium ist im großindustriellen Maßstab nicht aus dem Wasser herauszubekommen.

Aber Tritium ist ein derart gering strahlendes Radionuklid, dass Fachleute dieses harmlos finden. Deshalb sagt die IAEA, es sei sicher, dieses weitestgehend von Radioaktivität befreite Wasser ins Meer zu leiten. Die südkoreanische Regierung des konservativen, japanfreundlichen Präsidenten Yoon Suk-yeol sieht das mit Verweis auf eigene Untersuchungen genauso. Aber die Opposition und viele Normalmenschen in Südkorea

sind ganz anderer Meinung. China und Russland hielten es für sicherer, wenn Japan das Wasser als Dampf in der Luft entsorgen würde. Und die japanischen Fischer beklagen den besagten Imageverlust für ihre Produkte.

Vor zwei Jahren winkte Japans damaliger Premierminister Yoshihide Suga Tepcos Wasser-Lösung durch. Proteste folgten aus Taiwan, China, von der Umweltorganisation Greenpeace. In Seoul traten Vizeminister der damaligen Regierung zu einer Notfallsitzung zusammen. Aber früh folgten die Signale von Experten, dass Japans Plan nicht der Skandal sei, den andere daraus machten. Im Juli 2023 kam der offizielle Positivbescheid der IAEA. Und diesen Donnerstag geht es nun also los. Das gereinigte Kühlwasser wird mit Meerwasser stark verdünnt und dann über einen Unterwassertunnel einen Kilometer vom AKW entfernt abgelei-

tet. Betreiber Tepco sagt, bis März 2024 wolle er so 31 200 Tonnen behandeltes Kühlwasser loswerden.

Und die Fischer der Region? Sie müssen hoffen, dass glaubwürdige Messwerte das Misstrauen möglichst bald vertreiben. Immerhin, die Regierung hilft. Sie hat zwei Fonds aufgelegt, einen im Wert von 30 Milliarden Yen, umgerechnet knapp 190 Millionen Euro, und einen im Wert von 50 Milliarden Yen (315 Millionen Euro), um Gerüchte zu zerstreuen und die Fischer zu unterstützen. Die Regierung übernehme die Verantwortung für Negativ-PR und Existenzängste, sagte Premierminister Kishida am Dienstag – „auch wenn es Jahrzehnte dauert, bis die Einleitung des gereinigten Wassers abgeschlossen ist“.

**Viele Radionuklide wurden aus dem Kühlwasser gefiltert. Tritium allerdings nicht**